

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3285/2010**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 07.09.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Be - /10 23
Verfasser/-in: Klaus Peter Möller, Gerhard Merz, Dr. Wolfgang Deetjen, Dr. Martin Preiß, Johannes Zippel

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

"Save me" - für ein Program zur Ansiedlung von Flüchtlingen
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 07.09.2010 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die Stadt Gießen erklärt ihre grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlementprogramms der Bundesregierung aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.“

Begründung:

Weltweit befinden sich heute Millionen schutzbedürftiger Flüchtlinge in einer ausweglosen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die - selbst meist armen und strukturell überforderten - Erstzufluchtländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen UNHCR ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, entsprechend dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), ein kontinuierliches Programm zur dauerhaften Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen (Resettlement-Programm) einzurichten. Hierfür sind von Seiten des Bundes Rahmenbedingungen zu schaffen und auch finanzielle Mittel bereit zu stellen, um den erforderlichen Integrationsprozess zu ermöglichen.

Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA und Kanada. Auch europäische Staaten wie Schweden,

Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit, in Großbritannien wird auf Grund der positiven Erfahrungen über eine Ausweitung des Programms gedacht.

Die Bundesregierung hat im letzten Jahr durch die Aufnahme von 2500 irakischen Christen auf die Bitte des UNHCR reagiert. Notwendig wäre aber eine dauerhafte Implementierung eines solchen Verfahrens. Der UNHCR rechnet mit ca. 70-80.000 Personen weltweit, die jährlich über ein Neuansiedlungsprogramm (Resettlement) unterzubringen wären, das entspricht 0,9% der von ihm betreuten Menschen.

Eine Ausweitung der Neuansiedlungspolitik wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt.

Wir wollen uns als Kommune ausdrücklich dazu bekennen, im Rahmen eines nationalen Programms, gemeinsam mit den anderen Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland, Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und unseren Teil dazu beizutragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten.

Durch den obigen Beschluss will unsere Stadt ihren Teil zu einer verantwortungsvollen und menschlichen Flüchtlingspolitik beitragen. Sie unterstützt die Kampagne „save me“, in der sich in Gießen schon über 100 Menschen bereit erklärt haben, als Paten für anzusiedelnde Personen aufzutreten und sie nach ihrer Ankunft hier zu unterstützen.

gez.
Klaus Peter Möller
CDU Fraktion

gez.
Gerhard Merz, MdL
SPD Fraktion

gez.
Dr. Wolfgang Deetjen
Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

gez.
Dr. Martin Preiß
FDP Fraktion

gez.
Johannes Zippel
FW Fraktion